

Pressemitteilung

Immobilienwirtschaft sieht mit Ergebnissen der Sondierung wichtige Forderungen erfüllt/„Die möglichen Koalitionäre haben den Ernst der Lage erkannt. Jetzt schnell auf Worte praxistaugliche Taten folgen lassen“

- ZIA: Impulse für Bau- und Immobilieninvestitionen in Sicht
- Eigentums- und Mietwohnungen endlich als gleichwertig eingestuft
- Erste Signale versprechen bessere Bezahlbarkeit von Energiepreisen
- Dokumentations- und Statistikpflichten jetzt gezielt abbauen
- ZIA-Präsidentin: „Mietpreisbremse wird weiter Bauherren abschrecken“
- Wohnungsbau: Schon in den ersten 100 Tagen „neue Dynamik möglich“

Berlin 10.3.2025 – Angesichts der Ergebnisse der Sondierungen der Unionsparteien und der SPD blickt die Immobilienwirtschaft verhalten optimistisch auf die Koalitionsverhandlungen. „Die künftigen Koalitionäre haben den Ernst der Lage offenkundig erkannt. Jetzt sollten sie schnell auf Worte praxistaugliche Taten folgen lassen“, sagt ZIA-Präsidentin Iris Schöberl in einer ersten Bewertung des Sondierungspapiers der Parteispitzen. Viele Anregungen des ZIA seien „offenkundig aufgegriffen“ worden. Der ZIA werde in den nächsten Wochen die Verhandlungen konzentriert im Auge behalten. „Denn im Kleingedruckten steckt am Ende oft das Problem“, so Schöberl. Das gelte auch für vielversprechende Signale zu Innovation, Digitalisierung, KI, Fachkräftegewinnung und zu pragmatischem Klimaschutz.

Der ZIA zeigt sich erfreut über das ausdrückliche **Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von Miet- und Eigentumswohnungen** im Sondierungspapier („Alle Wohnformen, ob Eigentum oder Mietwohnung, sehen wir als gleichwertig an.“). Denn bisher gibt es hier irritierende Unterscheidungen. Bei der „**Bundesförderung für effiziente Gebäude**“ (BEG) zum Beispiel besteht eine Kluft zwischen Selbstnutzern und Immobilienanbietern. Während Selbstnutzer bei der KfW-Heizungsförderung bis zu 70 Prozent Förderung bekommen, erhalten Vermieter nur 30 Prozent – und das betrifft am Ende auch Mieterinnen und Mieter. „Es wäre super, wenn diese unerklärliche Ungleichbehandlung bald verschwindet“, drängt Schöberl.

Auch die Pläne, mit einer **Senkung der Stromsteuer und einer Halbierung der Übertragungsnetzentgelte** die Energiepreise zu reduzieren, sind viel versprechend.

Kritisch reagiert die Immobilienbranche auf die geplante **Verlängerung der Mietpreisbremse** um zwei Jahre. „Die Mietpreisbremse hat sich als **untaugliches Instrument** erwiesen, und sie wird auch weiter Bauherren abschrecken“, sagt Schöberl. „Wenn sie in der bisherigen Form ohne Korrekturen verlängert wird, dürfte sie ohnehin beim Verfassungsgericht scheitern.“ Auch müsse unbedingt erreicht werden, „dass **Kommunen auf Leistung kommen**“. Die sollten belegen, „was sie gegen angespannte Wohnlagen unternehmen, und sie müssten sich verpflichten, mehr Bebauungspläne bereit zu stellen“. Der ZIA fordert, dass sich diese Argumente im Koalitionsvertrag spiegeln. Auch **steuerliche Anreize** für Investitionen in Neubau und Bestandssanierung müssten dort Priorität bekommen.

Der ZIA setzt auf zielführende, fokussierte und verlässliche **KfW-Förderung** für den Wohnungsbau. Die möglichen Koalitionäre hatten in ihrem Papier angekündigt, „im Zusammenspiel“ von „öffentlichen Garantien und privatem Kapital“ Investitionen zu hebeln. Auch hier kommt es, so Schöberl, „auf die Details“ an. Der temporäre Verzicht auf Abgaben ist aus Sicht der Immobilienwirtschaft ebenfalls angezeigt. Es gehe nun um zügige politische Umsetzung der gesteckten Ziele. **Schon in den ersten 100 Tagen** der Regierung könne eine „neue Dynamik“ ausgelöst werden, so Schöberl. Die vorgesehene schnelle Einführung des **Gebäudetyps E** könnte sich als „echter Investitionsbeschleuniger“ erweisen, wenn „tatsächlich mit erleichterten Standards das ‚E wie einfach‘ eingelöst wird“.

--

Kontakt

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss e.V.
Leipziger Platz 9
10117 Berlin
Tel.: 030/20 21 585 17
E-Mail: presse@zia-deutschland.de Internet: www.zia-deutschland.de

